

Stromtrasse soll unter die Erde

Politik will Südlink vorrangig unterirdisch verlegen lassen – Hoffnung auf mehr Akzeptanz – Kritik von IHK

VON STEPHAN OERTEL

ROTENBURG. Auf rund 50 Kilometern Länge könnte die geplante Südlink-Trasse den Landkreis Rotenburg durchschneiden. Doch auch hier gibt es Widerstand. Die Aussicht auf bis zu 80 Meter hohe Masten sowie die Sorge um Elektromog und Wertverlust für Grundstücke sorgt für Kritik an dem vom Netzbetreiber Tennet vorgeschlagenen Verlauf der 500-Kilovolt-Gleichstromtrasse von Schleswig-Holstein nach Süddeutschland. Die soll laut Bundesregierung nun vorrangig unterirdisch verlaufen.

Anfang Juli hatte die große Koalition in Berlin bekräftigt, dass für sie der Netzausbau und insbesondere die Südlink-Planung ein wesentlicher Baustein für die Energiewende ist. Zugleich hoben die Parteispitzen von CDU, CSU und SPD hervor, dass dafür die Akzeptanz vor Ort gestärkt werden muss. Genau daran hapert es in vielen der betroffenen Regionen, was auch dazu führen könnte, dass sich die Planungen erheblich verzögern.

» Es ist gut, dass Tennet bei Südlink jetzt auf Erdkabel einschwenkt und die Planung deswegen neu anlegt. «

LARS KLINGBEIL

weil es deutlich teurer ist, die Kabel unter die Erde zu legen als sie oberirdisch über Masten zu führen. Von sieben Mal so hohen Kosten war bei der Vorstellung der Pläne die Rede. Die Mehrkosten in Milliardenhöhe sind nach Auffassung der Bundesregierung gerechtfertigt, da die Erdverkabelung zu mehr Akzeptanz und zu einem schnelleren Ausbau führe. Aufbringen müssten diese Summe wohl die Stromkunden.

Dass der Bund nun vorrangig auf eine unterirdische Verlegung der Kabel setzt, stößt bei Tennet auf Zustimmung. Auch wenn das bedeutet, dass der niederländi-



Die Trassenvorschläge von Tennet haben auch im Landkreis Rotenburg Proteste ausgelöst. Wo die Südlink-Trasse künftig verlaufen soll, ist nach den jüngsten Beschlüssen offen.

Foto Krüger/trk

sche Konzern die Planung möglicher Trassenkorridore neu aufsetzen muss, wie es in einem Schreiben des Netzbetreibers heißt. Der will nun so schnell wie möglich mit den Vorbereitungen für Neu- und Umplanungen beginnen, um den Zeitverzug so gering wie möglich zu halten. Politik und Genehmigungsbehörden ruft Tennet auf, in diesem Sinne die entsprechenden Rahmenbedingungen zu schaffen. Grundsätzlich wolle das Unternehmen die mit dem Erdkabel verbundenen Möglichkeiten bei der weiteren Südlink-Planung ausschöpfen.

Überzeugende Initiativen

„Es ist gut, dass Tennet bei Südlink jetzt auf Erdkabel einschwenkt und die Planung deswegen neu anlegt“, kommentiert der SPD-Bundestagsabgeordnete Lars Klingbeil die jüngsten Entwicklungen. Er sieht darin einen Erfolg der vielen Bürgerinitiativen und Kommunen auch in dieser Region. Sie hatten sich in den vergangenen Monaten für ein Umdenken eingesetzt, was offenbar nicht ungehört verhallte. „Wir

haben dies politisch aufgegriffen und am Ende konnte auch die Bundesregierung überzeugt werden“, so der Politiker aus Munster. Jetzt gehe es darum, Fehler der vorangegangenen Planungsschritte nicht zu wiederholen.

„Die Energiewende ist ein Jahrhundertprojekt, das nur gelingen wird, wenn Bürger, Politik und Wirtschaft an einem Strang ziehen“, betont der CDU-Bundestagsabgeordnete Oliver Grundmann. Vor diesem Hintergrund gehe es bei Südlink nicht um das „Ob“, sondern das „Wie“. Dass die Bundesregierung der Erdverkabelung nun Vorrang eingeräumt hat, sei ein wichtiger Schritt zur Stärkung der Akzeptanz vor Ort. Jetzt müssen schnell die Weichen gestellt werden, um in die neue Trassenplanung einzusteigen, so der Politiker aus Stade. „Wir können uns bei der Hauptschlagader der Energiewende keine weiteren Verzögerungen leisten. Die betroffenen Bürger und Kommunen müssen deshalb rechtzeitig eingebunden werden.“

Kritik kommt von der Industrie- und Handelskammer Stade.

Auf die Stromkunden kommen durch die Erdverkabelung höhere Kosten zu, und es werde auch im Zuge der neuen Planungen zu Protesten und mithin zu Verzögerungen kommen, wirft IHK-Präsident Thomas Windgassen ein. So befürchteten Landwirte, ihre Flächen nur noch eingeschränkt nutzen zu können, wenn darunter ein solches Stromkabel verläuft, auch müssten Wälder großflächig umgangen werden. Schließlich seien Zugänge und Übergabestationen auch nach dem neuen Modell weithin in der Landschaft wahrzunehmen.

» Wir können uns bei der Hauptschlagader der Energiewende keine weiteren Verzögerungen leisten. «

OLIVER GRUNDMANN

„Der Einsatz von Erdkabeln ist ein wirksames Mittel, um an strittigen Punkten zu Lösungen zu kommen“, so Windgassen. Jetzt aber eine vollständige Neuplanung vorzunehmen, werde dem Netzausbau in Deutschland insgesamt großen Schaden zufügen.